

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Neumann Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im Post-
bezirk M. 1.80 m. Post-
bezirk. Preis freilich
einer Nummer
10 J.
In Fällen hoh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Erhaltung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Buchhändler, sowie Agen-
ten u. Auslieferungsmen-
nen jederzeit entgegen.
Korrespondenz Nr. 4.
Herausgeber Nr. 24
G. Neumann Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
über deren Raum 25 J.,
Reklame-Zeile 80 J.,
Reklame-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenentwurf
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Wagners-
jahres hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifänder-
ungen treten sofort alle
früher vereinbarten
außer Kraft.
Berichtsfond für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gebühr übernommen.

Nr. 163.

Mittwoch den 16. Juli 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Wainz, 13. Juli. Der der früher in Wainz wohnende Antiquar Dr. Viebing, der nach der Proklamierung der Weimarer Republik durch Vertrieben als Finanzminister der Weimarer Regierung fungierte, hat seine Villa in Wainz zum Verkauf gestellt und mit seiner Familie Mainz und das deutsche Gebiet verlassen. Wie es heißt, hat er sich nach Brabant begeben.

Berlin, 15. Juli. In politischen Kreisen der Reichshauptstadt redet man kaum noch auf eine parlamentarische Erledigung der Dedungsfrage, erwartet vielmehr die Notverordnung und gegebenenfalls die Auflösung des Reichstags.

Unerwünschte Hinterlassenschaft der Franzosen

Trier, 14. Juli. Die „Trierische Landeszeitung“ schreibt in einem mit Bildern versehenen Aufsatz den Zustand, in dem die französische Besatzung das Trierer Gebiet zurückgelassen hat. Der heute einen Gang durch das Gebäude mache, das früher als Schulhaus bezeichnet werden konnte, dem sträubten sich die Hunde, denn aus den herrlichen Räumen sei ein Schweinehals gemordet. Eine solche ekelerregende Wirtschaft, wie sie hier geführt worden sein müsse, dürfte in der vornehmsten Wohnung eines Deutschen nicht zu finden sein. Schmutz und ungewöhnliche Ungeziefer aller Gattungen, Schmierigkeit in der Küche, in Wohn-, Unterhaltungs- und Schlafzimmern, unwillkürliche Fernrufgespräche an Haus und Garten, ohne Rücksichtnahme auf Kunst und Wert. Nach dem Urteil von Sachverständigen werden 100 000 Mark nicht ausreichen, um das Gebäude wieder in Ordnung zu bringen. Alle Deden, Wände und Fußböden sind ungesiegt und harren von Schmutz und Schmier. Die Abwässerung gleicht Schuttbergen; vor ihnen weiß der Barockboden tief eingetragene Räder auf. Bücherei und Schränke sind zerschritten und angefaßt. In den Weinkellern, in denen die französischen Offiziere ohne Rücksicht auf das Wohl der Angehörigen auf Fußböden und an den Wänden ihre Urnen und Stühle zertrümmert und zertrümmert (wie Stoppelpfeifen über zertrümmert; nutzlos wurde mit den Sporen darauf herumgetrampelt, so daß überall die Sporen herunterhängen. In den Wirtschaftsräumen ist alles zertrümmert und teilweise zerstört. Massenhaft liegt in der Küche, wo das Offiziersessen zubereitet wurde, das Angehörige. In dem Spülraum hängt in der Luft noch die Hälfte einer Treppe; die andere Hälfte ist zerstört. Und so geht es weiter, immer weiter!

Bürgermeister, Schweige!

Koblenz, 15. Juli. Der preussische Ministerpräsident Braun hat dem Koblenzer Oberbürgermeister Dr. Hüffel ohne nähere Begründung mitgeteilt, daß bei der Staatsfeier anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten in Koblenz der Oberbürgermeister von der Rednerliste gestrichen worden sei und daß an seiner Stelle Reichsminister v. Guentard sprechen werde. Der Oberbürgermeister und die Bevölkerung sind über diese Zurücksetzung sehr enttäuscht. Dr. Hüffel hat sich an die Stadtverordneten gemeldet, ob sie ein solches Verfahren billigten. In Finanz- und Verfassungsangelegenheiten wurde eine Erklärung abgegeben, in der das Verhalten des Ministerpräsidenten scharf verurteilt und in einer Entscheidung der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß sich die Bürgerchaft an der Staatsfeier nicht beteiligen könne, wenn man dem Oberbürgermeister der eigenen Stadt das Reden verbieten wolle.

Das Wahlalter: 25 Jahre.

Berlin, 11. Juli. Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag zur Wahlrechtsreform unterbreitet, sie hat im Reichstag einen Antrag auf Änderung des Artikels 22 der Reichsverfassung eingebracht, worin sie die Herabsetzung des Wahlalters von 30 auf 25 Jahren verlangt. Die Deutsche Volkspartei verfolgt mit ihrem Vorstoß offensichtlich 2 Absichten, einmal will sie die Aufmerksamkeit auf ihre schon vor längerer Zeit gestellten Anträge auf Änderung der Verfassung lenken, in denen besonders die Frage des Passivwahlalters hervorgehoben ist. Diese Anträge schlummern friedlich in irgend einem Auschuß, ohne daß sie irgendeine Wirkung hervorgebracht haben. Zum andern aber will die Volkspartei auf die Frage der Wahlrechtsreform hinweisen. Unter den Fragen auf Änderung und Ergänzung der Reichsverfassung ist besonders die Frage der Wahlrechtsreform unendlich viel besprochen worden, trotzdem aber ist noch nichts in dieser Richtung praktisch zur Umgestaltung des Wahlrechts verstanden worden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Volkspartei ihren Schritt unternommen hat, wenn man auch darüber im Zweifel sein könnte, ob der Zeitpunkt richtig gewählt ist. Die Absichten der Volkspartei sind nicht allzu günstig zu beurteilen, da sie eine Zweidrittelmehrheit für Annahme dieser Verfassungsänderung nötig wäre, aber es sollte tatsächlich den Parteien und der Regierung Anlaß sein, an die Wahlrechtsreform zu denken.

Der Weizenanbau über die Kopfsteuer.

Berlin, 15. Juli. Im abgeänderten Gesetzentwurf über die Kopfsteuer sind u. a. folgende Bestimmungen enthalten: Die Gemeinden sind berechtigt und im Falle der Erhöhung der Gemeindegroßsteuer oder der Gemeindegroßsteuer über den bis zum 1. Juli 1930 bestehenden Satz vermindert, von allen im Gemeindegebiet wohnenden Personen, die über 20 Jahre alt sind, eine Bürgersteuer zu erheben. Die Steuer darf nicht erhoben werden von Personen, die öffentliche Fürsorge genießen und von Arbeitslosen. Der Reichsminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats weitere Bestimmungen über die Steuerpflicht zu treffen. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern kraft eigenen Rechts bestimmt. Als Landesfuß darf kein niedriger Betrag

als 6 Mark für das Jahr bestimmt werden. Der Landesfuß ermäßigt sich auf die Hälfte für Personen, die einkommensteuerfrei sind, und für die Ehefrau, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben und der Ehemann zur Bürgersteuer herangezogen wird. In diesem Falle beträgt er für die Ehegatten zusammen das 1/3fache des für den Ehemann maßgebenden Satzes. Eine andere Staffelung ist ausgeschlossen.

Ausland

Jita fordert eine Trauergeldlösung

Wien, 14. Juli. Wie aus Budapest gemeldet wird, berichtet ein Montagblatt, die Kaiserin Jita habe an sämtliche großjährig Mitglieder der Familie Habsburg ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie auf Anlaß der mit dem 20. November eintretenden Großjährigkeit ihres ältesten Sohnes Otto die Unterfertigung eines Trauergeldgesetzes verlangt. In dem Schreiben heißt es u. a.: Da Seine Majestät, Kaiser und Königin Otto mit dem 20. November großjährig wird und damit die Rechte und Pflichten des Familienoberhauptes des Erbhauses Habsburg übernimmt, sei der aus diesem Anlaß stattfindenden Feierlichkeit jedoch nicht alle Mitglieder des Hauses anwesend sein können, haben alle Mitglieder der Familie die beiliegende Kopialitätsverklärung eigenhändig zu unterschreiben und an meine Kanzlei einzusenden. Von besonderem Interesse ist die Stelle des Schreibens, in der es heißt: „Der Unterzeichnete verpflichtet sich, mit allen seinen Kräften die zu bewerkstelligende Restauration zu unterstützen.“ Bemerkenswert ist, daß das Schreiben in deutscher Sprache abgefaßt ist, was in ungarischen Kreisen ziemlich seltsam erscheint, da Otto Bestrebungen doch in erster Linie dem ungarischen Thron gelten.

Poincaré sabotiert die Saarverhandlungen

Paris, 15. Juli. Einer der schärfsten Gegner der politischen Rückgliederung des Saargebiets, der frühere Ministerpräsident Poincaré, veröffentlicht in einem südamerikanischen Blatt und gleichzeitig in der Pariser Zeitung „Le Figaro“ einen Artikel, in dem er entschieden gegen eine deutsch-französiche Verständigung in der Saarfrage Stellung nimmt. Poincaré behauptet, die weitgehenden deutschen Forderungen, die während der Saarverhandlungen den französischen Unterhändlern gemacht wurden, als eine Niederlage. Er beklagt sich bitter darüber, daß in Deutschland eine Propaganda zugunsten der politischen Rückgliederung des Saargebiets veranstaltet worden sei und behauptet, die Saarländer würden gegenwärtig durch diese deutsche Propaganda gegen Frankreich beeinflusst. Aus diesem Grunde rät Poincaré zu einer sehr vorsichtigen Behandlung der Saarfrage und spricht die Hoffnung aus, daß die Angelegenheit bis zum Jahre 1935 sich hinziehen möge. — Aus den Darlegungen Poincarés geht also hervor, mit welcher Entschlossenheit gewisse französische schwerindustrielle Kreise immer noch die fixe Idee verfolgen, die Saarländer bis zum Jahre 1935 hinreichend beeinflusst zu haben, um bei der Abkündigung wenigstens einige Teilergebnisse zu erreichen. Es scheint ihnen das einstige Ergebnis der oberdeutschen Abstimmung vor, bei der dann unmögliche wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen wurden, die heute noch ihre schweren schädlichen Auswirkungen deutlich erkennen lassen. In diesem Sinne ist also Poincaré ein Gegner der Ausgleichspolitik Briand's in Europa.

Französisch-italienische Vereinbarung in der Flottenfrage

Paris, 14. Juli. Nach einer von Davos veröffentlichten Mitteilung der italienischen Botschaft hat die italienische Regierung den französischen Vorschlag, den Bau neuer Kriegsschiffe bis Dezember aufzuschieben, mit Genehmigung zur Kenntnis genommen und dem französischen Außenministerium bekräftigt, daß sie über alles die Flottenbauten während dieses Zeitraumes aussetzen werde.

Erwerbslosenfragen in England

London, 15. Juli. Das rapide Anwachsen der Arbeitslosigkeit hat nun auch in England zu einer Krise der Arbeitslosenfürsorge geführt. Wie in Deutschland, so dürfte auch hier die Finanzierung der Unterhaltung erhebliche politische Schwierigkeiten bereiten, nicht nur weil der Staatshaushalt durch die dauernde Steigerung der erforderlichen Summen schwer belastet wird, sondern vor allem aus grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Fürsorge. Bis vor einigen Jahren wurde die Arbeitslosenunterstützung hauptsächlich aus den Erträgen einer besonderen Sozialversicherung finanziert. Als die Arbeitslosenzahl eine Million überstieg, wurde es notwendig, Anleihen einzunehmen und 1928 brachte die konservative Regierung ein Gesetz ein, in dem die Verwaltung der Arbeitslosenunterstützung ermächtigt wurde, den Staatskredit bis zu 80 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen. Seit dem Amtsantritt der Arbeiterregierung ist nicht nur die Zahl der Arbeitslosen enorm gestiegen, sondern auch infolge gesetzlicher Reformen die Zahl der Unterstützungsberechtigten. Der Versicherungsfonds nähert sich der Erschöpfung, und man mußte im März seine Anleihevollmacht auf eine Milliarde Mark ausdehnen. Jetzt ist auch diese Grenze fast erreicht und die Regierung hat angekündigt, daß sie dem Unterhaus ein Vorgesetz vorlegen muß, durch das der Fonds um weitere 200 Millionen auf 1,2 Milliarden Mark erhöht wird. In dieser Vorlage kommt ganz offen die Befürchtung der Regierung zum Ausdruck, daß es nicht gelingen wird, die weitere Steigerung der englischen Arbeitslosigkeit bis über 2 Millionen hinaus zu verhindern. Tatsächlich ist diese Grenze bereits jetzt erreicht und überschritten, doch die Zahl der offiziellen Unterstützten liegt noch unter 2 Millionen. Im Unterhaus kündigt sich bereits eine heftige Auseinandersetzung über die Frage der Arbeitslosenversicherung an. Die Konser-

vativen haben sich schon bei der letzten Erhöhung im März nur mit größtem Widerstreben die weitere Ausdehnung der Unterstützungsberechtigten aufzwingen lassen und werden jetzt zweifellos die geschwächte Lage der Arbeiterregierung zu einem Generalangriff auf die Arbeitslosenversicherung ausnutzen.

Aus Stadt und Bezirk

Neuenbürg. (Sitzung des Gemeinderats am 14. Juli.) In Anwesenheit der Herren Landrat Kempf und Oberamtsrat Dr. Groß fand eine Besprechung über die Teilnahme der Stadtgemeinde an der Gruppenwasserwerkverfassung der Bezirksgemeinden links der Enz statt. Das Ergebnis dieser Besprechung ist, daß eine solche Teilnahme unter den heutigen Verhältnissen nicht in Frage kommen dürfte.

In das Bürgerrecht mit Wirkung zum August werden gegen die üblichen Gebühren aufgenommen: Hermann Strefer, Schreiner hier.

Das Schulgeld der Frauenarbeitschule wurde für Halbtages- und Volksschülerinnen neu festgelegt.

Der Vorausschlag der Stadtpflege für 1930 ist in der letzten Sitzung eingehend beraten worden. Derselbe wird heute abgeschlossen mit Einnahmen 145 345 M., Ausgaben 350 245 M., somit Abmangel 204 900 M. Dieser soll gedeckt werden: a) durch Umlage von Reich und Land 51 675 M., b) durch eine Umlage in Höhe von 24 v. H. auf die Kataster, welche voraussichtlich 88 155 M. ergibt, zuz. 130 830 M. für die noch ungedeckten 65 070 M. werden Beiträge aus dem Ausgleichs- und zu den Beitragsgebern erhoben. Eine Erhöhung der ohnehin schon hohen Umlage von 24 Prozent ist bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unzumutbar. Zu erwähnen ist noch, daß das Gewerbesteuer gegenüber dem Vorjahr um weitere 16 000 M. zurückgegangen ist, so daß 1 Prozent Umlage für 1930 nur noch 3050 M. ergibt gegenüber 4800 M. im Rechnungsjahr 1928 und 1050 Reichsmark im Rechnungsjahr 1929. Der Vorausschlag enthält an Einnahmen in Einnahmen: Mietzins 11 100 M., Miete für das Röhle-Elektrizitätswerk 8000 M., Badzins 1400 M., Holzzerlöse 20 000 M., Kapitalzins 6480 M., Wohnsteuer 2800 M., Vermögenssteuer 500 M., Weidenerwerbsteuer 7200 M., Vermaltungsloshandbeitrag des Elektrizitätswerks 3500 M., Wasserzins 15 500 M., in Ausgaben: Gebäude- und Grundstücksunterhaltung 8000 Reichsmark, Waldwirtschaftsführung, Kulturloshen, Holzbaueinnahmen und Waldwege 20 225 M., Schulzins und Tilgungszinsen 20 225 M., Amtsförderungsumlage 45 000 M., Verwaltungskosten, Besoldungen 26 370 M., Kanalisations-, Versicherungsbeiträge, Aufwand am Uhr und Glocken 24 750 M., Armenfürsorge 5700 M., Anteil am Fürsorgeaufwand für Sozial- und Kleinrentner und Kindererziehung 5130 M., Bau- und Feuerpolizei 3390 M., Miete Anteil am Aufwand für die Volkshochschule, Gewerbe- und Miete Frauenarbeitschule, Kleinkinderkassen usw. 55 225 M., Wasserwerkverfassung 2350 M., öffentliche Anlagen 1080 M., Sicherheitspolizei 12 810, Straßen und Wege 4245 M.

Die Schulkasse schließt ab mit 300 M. Einnahmen, 555 Reichsmark Ausgaben. Der Abmangel von 195 M. ist aus der Stadtkasse zu decken.

Die Verwaltung der Real- und Lateinschulpflege ergibt 160 M. Einnahmen, 490 M. Ausgaben, der Abmangel mit 330 M. ist von der Stadtkasse zu übernehmen.

Wie schon im letzten Sitzungsbericht erwähnt, bietet der diesjährige Vorausschlag das ungünstigste Bild von allen seitberichten Vorausschlägen und es ist unumgänglich notwendig, daß sobald feststeht, mit welchen Mitteln die Gemeinden in Zukunft rechnen können, an eine Senkung verschiedener größerer Ausgabenposten herangetreten werden muß.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten und einige Grundstücksverkäufe erledigt wurde, wurde die Sitzung, die ausnahmsweise um 1 Uhr begonnen hatte, um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Interer Schwarzwald-Ragold-Turngau. Wenn die Deutsche Turnerschaft alljährlich die Turnerschaft zu einem Jugendtreffen zusammenruft und auch die Turnkreise ihrerseits diesfalls an einem bestimmten Ort vereinigt, so kommt diesen Zusammenkünften eine besondere Bedeutung zu. Daß zu denselben nur ein kleiner Teil sich einstellen kann, ist aus geographischen und finanziellen Gründen wohl verständlich. Daher veranstalten auch die Gauen ihre Gauenjugendtreffen zu dem Zweck, daß die Turnerschaft unter sich näher kommen und die turnerischen Ideale im Geiste Jahus unter der Jugend fortgepflanzt werden. Der Unt. Schwarzwald-Ragold-Turngau hält seinen Jugendtag getrennt ab und zwar am 20. Juli für den oberen Bezirk (Ragoldtal) in Ragold und am 27. Juli für den unteren Bezirk (Enztal) in Neuenbürg. Beide Veranstaltungen werden nach dem gleichen Programm durchgeführt. An denselben nehmen teil die jüngeren Mitglieder (Jahrgang 1914 und 1915), sowie die Schüler Jahrgang 1916 und jüngere. Die ersten bestritten eine fünfmal 100-Meter-Rundlauf, letztere ringen in verschiedenen Gruppen um den Gauwimpel. Außerdem kommt noch ein Schachturnier, Ziele usw. zur Durchführung. Der obere Bezirk sammelt sich um 10 Uhr auf Dohrenmagold, der untere Bezirk auf der Schlossruine beim Söloß, wo je nach einem beinahe stündlichen Vortrag der Abmarsch nach Ragold bzw. Neuenbürg erfolgt. Zum Mittagessen sind die Jugendturner Gäste der Einwohnerschaft. Um 1 Uhr ist jeweils Abmarsch auf dem Dorfplatz zum Turnplatz, wo dann der turnerische Teil abgewickelt wird. Es ist ein idealer Gedanke, den die Deutsche Turnerschaft in die Tat umgesetzt hat und wer schon Gelegenheiten hatte, solchen Jugendtagen anzuhängen, wird sich seiner Freude darüber nicht verhehlen können, wie vollbereichernd der Wert ist



diesen Zusammenkünften liegt. Es soll aber auch geeicht werden, wie der turnerische Betrieb bei der Jugend als einem besonderen Gebiet gebührend wird und dazu wird unser Gaujüngendturnwart Gehring-Calw Gelegenheit haben, denselben den Zuschauern vor Augen zu führen. Mögen daher beide Veranstaltungen bei einem recht zahlreichen Besuche hauptsächlich der Eltern erfreuen dürfen, die Turnjugend wird dies freudig begrüßen.

Wetterbericht: Depressionsgebiete befinden sich im Osten und über Großbritannien, schwarzer Hochdruck bei Spanien. Unter diesen Umständen ist für Donnerstag und Freitag zeitweilig bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Das Rote Kreuz hilft Jedermann.

Rund 100.000 Sanitätsmänner sind freiwillig bereit, bei jedem Unglücksfall, ganz gleich welcher Art er ist und wen er trifft, erste Hilfe zu leisten. Im letzten Jahre wurden ihre Einrichtungen 1.019.800mal in Anspruch genommen. Allein die württembergischen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz mit ihren 3300 aktiven Mitgliedern wurden in 75.643 Fällen zur ersten Hilfeleistung gerufen, hatten mit 45 Kraftwagen 13.577 Kranke und Verunglückte nach den Krankenhäusern zu verbringen, bei großen Massenansammlungen 1000mal Sanitätswagen zu stellen, in 1715 Fällen Krankenpflegedienste zu leisten und 31mal Desinfektionen auszuführen. Eine Tätigkeit, ohne Entgelt, unregelmäßig und selbstlos in den Dienst der Nächstenliebe gestellt, die eindrucksvoll zeigt, wie gerade diese Einrichtungen immer mehr zu einer Stütze des Segens für unser Volk werden!

Gegen 1000 Rotekreuzschwestern dienen der Krankenpflege, der Pflege von Mutter und Kind, von Erholungsbedürftigen und Alten.

4000 Einrichtungen (davon 111 Krankenanstalten und Heime) für Kranke, Wöchnerinnen, Säuglinge, erholungsbedürftige Kinder und Erwachsene, Stube, Jugendliche, Altersheim, kurz für alle, die der Hilfe, der Pflege und der Betreuung bedürfen, öffnen sich täglich Dundertausenden.

130.000 Mitglieder sind im Deutschen Roten Kreuz für seine große soziale Friedensarbeit gesammelt. Das Rote Kreuz kennt gemäß der Bedeutung und hohen Tendenz seines Zeichens dem Hilfsbedürftigen gegenüber keine Unterschiede. Es dient Jedermann. Sein oberster Grundsatz ist bei seinen Helfern die Neutralität.

Die große Mitgliederzahl umschließt Männer und Frauen aller Konfessionen und Parteirichtungen. Das Rote Kreuz hat für jeden, wer auch kommen mag, nur den einen Leitfaden: Helfen!

Dieses große Liebeswerk zu fördern, gibt der Rotekreuztag Gelegenheit. Jedes, auch das kleinste Scherlein trägt dazu bei, Rot zu lindern und Kranke zu heilen.

Jubiläumfest des Lieberkranzes Calmbach, Enggau-Lieberfest.

Am 12. und 14. Juli feierte der Calmbacher Lieberkranz sein 70jähriges Jubiläum. Verbunden war damit das 4. Gaujubiläum des Enggau des Schwab. Sängerbundes. Infolge alljährlicher Rückschläge auf andere Vereine stand das ganze Fest unter der Unbill schlechtester Witterung. Wichtige Jungen schoben auch die Schuld auf die Wahl des Rasenplatzes. „Es löst das Meer die Sonne aus“. Das sah aber deutliche, insbesondere schwäbische Sänger die Stimmung durch nichts verderben lassen, schloß der glänzende Verlauf des Festes.

Der Samstag brachte als Auftakt das Festbankett. Des furchtbaren Regenwetters wegen konnten keine auswärtigen bzw. benachbarten Vereine teilnehmen, so daß es eine mehr intime Feier des Vereins und der Gemeindeglieder wurde. Dazu waren erschienen von der Gauleitung die Herren Gauvorkand Hader-Raulbronn, Gauvorsitzwart Luz-Oetleheim und Gauhormweiser Haas-Raulbronn. Umrahmt wurde die wirklich nette Feier von den herrlichen Klängen der unermüdeten hiesigen Feuerwehrtabelle unter der Leitung ihres tüchtigen Kapellmeisters Reimann. Auch der Lieberkranz und insbesondere der damit verbundene gemischte Chor verschönten den Abend mit ihrem reichhaltigen Programm. Musikdirektor Schüller zeigte aufs neue, auf welche respektable Höhe er den Verein gebracht hat. Erinnert werden darf nur an die beiden schönen Männerchöre „In deinen Füßen von Attenhofer und Spielmannslied“ von Sonnet, sowie an die prächtigen gem. Chöre „Die Weber“ und „Schiffershanden“ aus „Die Wolgasthiller“ von Wagner und „Wolgasthiller“ aus „Der Jäger vom Königssee“ von Klages. Der Festpräsident, Schultheiß Dörrie, begrüßte die Anwesenden, insbesondere

auch die Herren von der Gauleitung und beglückwünschte den Verein zu seinem Jubiläum. Schon bei den ersten Worten spürte man, mit welcher Liebe und Begeisterung sein Herz für den Gesang und das deutsche Lied schlägt, als er u. a. folgendes ausführte: 70 Jahre Sängerbund, unentwegt treue Förderung des deutschen Völkchens. Darin liegt eine liebevolle Eingabe, treue Beharrlichkeit und Mühe für eine edle, wertvolle Kulturangelegenheit. Keine andere Kunst ist so geeignet wie der Gesang, Sinn und Gemüt zu wecken. Eine unendliche Fülle von Gemütswerten, seelischen Erlebnissen und Mitempfinden des Volkes liegt im deutschen Lied. Mit der Pflege des Gesangs ist untrennbar die Förderung unseres Volkstums verbunden. Sie erhält unseren deutschen Stammsgenossen draußen in der fremden Welt ihr inneres Deutschtum, weckt und stärkt ihr Heimatgefühl. Insbesondere aber wirkt der Gesang veredelnd, weil er die Sangesbegabten über Rang und Stand, Religion, Politik und sonstige Verschiedenheiten hinweg zu gemeinsamer freudiger Pflege des deutschen Liedes führt, getreu dem Sängerspruch:

Mannesart und treu Gemüt eint der Sängerschar,
Deutscher Gruß im deutschen Lied töne frei und klar.

An dieser großen, aber schönen Aufgabe mitzuhelfen hat sich auch seit seinem Bestehen der hiesige „Lieberkranz“ eifrig bemüht. Ihm danken wir es, daß er trotz der Not der letzten 16 Jahre uns hier eine Stätte der Pflege des Gesangs erhalten hat. Wir freuen uns des Aufschwungs, den er seit seinem 70jährigen Jubiläum genommen hat und wünschen ihm auch fernerhin im frohen Schaffen ein gesundes Leben, Washeit und Gedeihen.

Einen mit sprühendem Humor gewürzten Rückblick über die Geschichte des Vereins gab der Festredner des Abends, Lehrer Baumann. Er hat es verstanden, die wenigen Notizen aus erster Zeit, die oft nur in Rechnungen, Mitteilungen über ein beschafftes Sängerkleid und dergl. bestanden, vor den Augen aller Jubler aufleben zu lassen und ein lächelndes Bild von der ersten Sängervereinigung mit 15 Sängern bis zum heutigen Lieberkranz mit seinen 87 Sängern entrollt. Außerdem sprach er den Dank des Vereins aus an die beiden jetzigen eifrigen Leiter des Vereins, die viel zum glänzenden Aufschwung desselben beigetragen haben: Musikdirektor Schüller, Chorleiter, und Vorstand Prof. Vogler. Letzterem wurde außerdem für seine 70jährige treue Mitgliedschaft und Verdienste eine schöne Blatette überreicht. Nachdem auch noch der Gauvorkand seine Glückwünsche an den Verein ausgesprochen hatte, schloß ein schneidiger Marsch das Bankett bei vorgerückter Stunde.

Galt der erste Tag dem Verein, fand der zweite Tag mit dem Empfang der auswärtigen Vereine, dem Preisfesten, dem Festzug, den Ansprachen und der Preisverteilung ganz im Zeichen des Gaujubiläums. Diejenigen, die noch bis zur letzten Minute auf besser Wetter für den Sonntag hofften, sahen sich bitter enttäuscht. Es regnete den ganzen Vormittag wie mit Blei und geschüttelt, so daß der Festplatz bald einem Sumpf gleich, und der Eingang zum Festzelt mit Dienen belegt werden mußte. Doch im Innern des Zelts war nichts davon zu merken. Das Prasseln der niederfallenden Regenschauer wurde überdient von den bei uns die Siegesgalerie ringenden Vereinen. Was da geboten wurde, war, wie das schon bekannt gemachte Ergebnis beweist, fast durchweg gut. Besonders schöne Leistungen wurden im gebodenen Volksgesang von den Vereinen Engelsbrunn und Rühlberg gezeigt. Im einfachen Volksgesang dürfte noch mehr auf unsere guten alten Volkslieder zurückgegriffen werden. Nicht alles Neue ist gut. Anerkannt aber muß werden, daß alle Vereine tüchtig gearbeitet haben, und selbst die schwereren Chöre wurden gemessert. So konnten deshalb auch die beiden Preisrichter Musikdirektor Vogler-Stuttgart und Kohler-Hellbronn mit gutem Gewissen so viele erste Preise vergeben. Waren es beim zweiten Gaujubiläum 30 Prozent, so sind es diesmal 80 Prozent. Ein Zeichen dafür, daß die Pflege des Gesangs in unserem Gau in guten Händen ist.

Am 2. Uhr der ansehnliche Festzug mit seinen vielen wogenden Fahnen und seinen beiden originellen, echten Holzhauser- und Hühnerwagen durch die geschmückten Straßen unseres Orts zog, hatte der Himmel doch ein Einsehen. Das geräumige Festzelt vermachte die große Masse der Sangeslustigen nicht zu lassen, die hier zu einer imposanten Kundgebung für das deutsche Lied sich zusammenfanden. Von Minute zu Minute schwoll die Begeisterung und machte sich je mehr und mehr im Singen Luft, wie es sich auf einem Sängerkleid geistert. Nach der üblichen Begrüßung durch den Festpräsidenten, Schultheiß Dörrie, der Uebergabe eines Fahnenbundes der

Damen des Vereins durch Frä. Verta Krauß, dem Singen des schwäbischen Sängerkreises, nahm Gauvorkand Hader das Wort. Er sprach seinen Dank aus dem festgebenden Verein, der Ortsbehörde, der Bevölkerung und allen, die zum Gelingen des Festes beigetragen. Trotz allem Regen, trotz ungewohnter wirtschaltlicher Lage, so führte er aus, lassen wir uns nicht unterliegen. Wir erfüllen Kulturmission, indem wir die Bruderschaft hineintagen in alle Kreise. Wenn wir heute heute Abend nach Hause ziehen, so wollen wir das Beste mitnehmen, den Gesang auch weiterhin zu pflegen zum Wohle unserer Heimat und unseres Vaterlandes. Im Namen des Schwab. Sängerbundes gratulierte dessen Schatzmeister dem Lieberverein zu seinem 70jährigen Bestehen. Er brachte dem Enggau als Grenzgau noch Extragrüße vom Bundesvorsitzenden. Umgeben von vielen, auf hoher Stufe stehenden badischen Vereinen habe derselbe die schwere Aufgabe besonderer Pflege des Gesangs, um immer ehrenvoll bestehen zu können. Darin stehe er einen herzlichen Appell an die Lehrerschaft, den Eltern, besonders auf dem Lande, ihre geschätzte Kraft zu leisten und beghe den Wunsch, daß auch die Schulverwaltungen entgegenkommen möchten. Mit der Aufforderung zum Teilnahme im Angebot der Fahnen und dem doch auf das deutsche Lied schloß er seine Rede. Währenddem brach herrlicher Sonnenschein durch die trüben Wolken. Wärrlich ein erhebender Anblick! Die Wogen der Begeisterung schlugen immer höher, die Geselligkeit kam zu ihrem Recht. Die Mannsdire konnten nur in begrenztem Maßstabe, teilweise vom Vorn aus, gesungen werden, wirkten aber umso herzlicher. Nach der Preisverteilung, sowie Dankesworten an den bejubelten, jedoch mit jugendlichem Glanz wirkenden Gauhormweiser Hader schloß der Gauvorkand die offizielle Feier mit den Worten: „Denk froh an Calmbach zurück.“

Dem dritten Tag, dem Tag der Kinder, war mehr Glück beschieden. Durch nichts gestört, nahm er einen wunderbaren Verlauf. Es ist schwer zu beurteilen, ob die Alten oder die Jungen sich mehr gefreut haben. Alles fühlte sich wieder wie ein feiner schöner Festzug, umrahmt von einer großen Zahl Umstehender und Mitziehender bewegte sich über eine Ebene durch unseren Ort. Das menschliche Leben, Wirken und Treiben war das Motto, alles in seiner Art originell. Demoreben sind besonders die Gruppen: Puppenmütter, Puppenväter, Hodgezeit, Stiefenpferdwallfahrt, kleine Orchestre, Kinderschule, allerlei Vereine, Blumenmädchen, freiwillige Feuerwehr, Hausfrauen — keine Modedamen, der Wald mit seinen vielen Beschäftigungsgruppen. Bald herrschte fröhliches Treiben an dem wieder trocken gewordenen Festplatz. Rasch schnell verging bei Spiel und Weigen, Mettern und Spritzen der schöne Nachmittag. Das Fest ist zu Ende. Mögen all die guten Worte und geistigen Botschaften noch lange weiterwirken zum Wohl unserer Gemeinde, Heimat und Vaterland!

Schulhausbewertung in Schwaberg.

Eine seltene und schlichte Feier, die nicht jedem Geistesmenschen zu erleben beschieden ist, vollzog sich letzten Samstag in Schwaberg, wo die Gemeindebehörde im Beisein der ganzen Einwohnerschaft und zahlreichen Gästen den neuerbauten Schulsaal seiner Bestimmung übergab. In seiner soliden Bauart und der überall hervortretenden Zweckmäßigkeit kann der Saal für einfache ländliche Verhältnisse als rühmenswertes Vorbild genannt werden. Er zeigt in seiner Bestimmung, wie unserer Jugend auch mit bescheidenen Mitteln geholfen werden kann. Mit einem Kostenaufwand von rund 18.000 Reichsmark hat man einen Schulsaal mit 215 zum Sitzen Raum und Platz für 60 Schüler, ein Lehrmittelzimmer, einen Vorräum im Erdgeschoß, 2 Paderäume und eine Werkstube geschaffen. Besondere Sorgfalt wurde auf einwandfreie Beleuchtung und Bedienung des Raumes gelegt. Boden- und Wandbeläge, Anstriche usw. sind alle solid und zweckmäßig. Die Bauleitung lag in Händen von Architekt Dipl.-Ing. Frh. Müller-Stuttgart, die Bauausführung erfolgte fast ausschließlich durch hiesige und Schwäbischer Handwerker. Da während der Bauzeit die im Freien geplante Feier nicht zulässig veranlassen sich die Festteilnehmer im Saale, wo ein Schülerchor mit einem Gesang die Feier einleitete. Schultheiß Dörrie begrüßte namens der Gemeinde die erschienenen Gäste insbesondere die Vertreter der Bezirks- und Landesbehörden, Schulrat Red-Kreuzbürg, Oberrechnungsrat Wede von Württemberg, Kultusminister, Herrn Aktuar Kreutz-Kreuzbürg, Herrn Pfarrer Gailer-Schwaberg, die Lehrer und Ortsvorsteher der Nachbargemeinden, Landrat Kempf hat krausheitsvoller, Deit Dr. Negerlin aus dienstlichen Gründen abgefeht. Schon im

Carlos Puentia

29 Roman von Kurt Martin

Als ein Schuß krachte, bekamen es die zwei vorn eilig. Sie fürzten auf Steins Diensthaut zu. Der Wagen bewegte sich. Stein kam zu spät. Einmal sauste sein Wagen von dannen. Wie betäubt verbarste er ein paar Augenblicke. Dann raffte er sich auf.
Dort lag Ilse!
Er kauerte sich neben ihm nieder. Der Mann schloß die Augen. Er rief ihm die Fackel auf. Unter dem Hemd quoll Blut hervor. Was tun? — Wo hier Hilfe bekommen?
Da fielen seine Augen auf den verlassenen fremden Wagen.
Gott Dank! Da waren zwei Erschrockene. Die beiden vorhin geplathten Reifen konnten also ausgewechselt werden! Das Mädchen lag noch in Ohnmacht.
Er bettete den verwundeten Chauffeur, so gut es ging. Dann ging er daran, das Auto fahrberet zu machen. Schwere trat auf seine Stirn und mengte sich mit dem Blutgerinnsel. Endlich hatte er alles fertig.
Er hob den Verwundeten in den Wagen und bettete ihn notdürftig.
Da öffnete Erna Dullinger die Augen. Irgend sah sie sich um.
Er ergriff ihre Hand.
„Fräulein Dullinger!“
Sie sah ihn an.
„Was ist? — Wo bin ich? — Wo ist Karl?“
„Lassen Sie sich das alles!“
Sie gewahrte den verwundeten Chauffeur und schrie auf: „Was ist das! — Wer sind Sie?“
„Ich bin Kriminalbeamter. Bitte, sehen Sie sich mit hier vor zu mir. Ich muß den Wagen selbst neuern.“
Sie folgte wortlos seiner Anordnung. Wärrle lehnte sie sich zurück und schloß wieder die Augen.
Paul Stein ließ den Motor anspringen. Der Wagen setzte sich in Bewegung. Es ging nach Dershad zurück.
Finstere blickte der Inspektor in den sinkenden Abend.
Entkommen! — Diesmal war ihm Carlos Puentia ent-

kommen! — Aber es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, daß sie sich gegenüberstanden. Er würde ihn wieder zu finden wissen. Irgendwo!
Das Mädchen an seiner Seite forschte: „Wo sind wir?“
„Weit hinter Dorsbad.“
„Mein Gott, was wollen wir hier? Was wollen Sie?“
„Die Angst packte sie plötzlich: „Sie sind gar kein Kriminalbeamter!“
„Sie schrie laut auf und machte Miene, aus dem Wagen zu springen.“
„Paul Stein fuhr sie an.“
„Weiden Sie sehen! Wir müssen schleunigst nach Dershad zurück! Mein Chauffeur ist schwer verwundet.“
„Ja, aber —“
„Er griff rasch in die Brusttasche und reichte ihr seinen Ausweis.“
„Sie starrte darauf, sah die Photographie lange an und versuchte, seine Fänge zu erkennen. Etwas ruhiger geworden, sagte sie:
„Ja, Sie müssen es sein. — Sie sind Kriminalinspektor Stein?“
„Allerdings.“
„Was ist aber geschehen?“
„Sie erfahren in Dershad alles!“
„Mein Gott, das ist doch Karls Wagen! Der Wagen Herrn Burmeister's, meines Bräutigams!“
„Er war so frei, sich dafür meinen Wagen auszuliehen.“
„Wo ist Karl denn?“
„Wenn ich das wüßte!“
„Ich verstehe das alles nicht. — Was ist denn nur geschehen?“
„Sie erinnerte sich:
„Ich fuhr doch mit Karl durch Dershad!“
„Ja. — Wo wollten Sie denn hinfahren?“
„Spazierieren!“
„In Abwesenheit Ihrer Mutter?“
„Karl hatte sie ja unterwegs getroffen. Sie hat ihm ja noch einen Gruß an mich aufgetragen und mir sagen lassen, ich solle nur ruhig mit Karl fahren.“
„Soja!“
„Aber wie war es denn nur? — Es rief mich jemand vor dem Hause.“
„Das war ich!“
„Sie?“

„Ja.“
„Warum riefen Sie denn?“
„Ich sah im Auto, das hinter Ihnen herfuhr.“
„Ja, was wollten Sie denn von mir?“
„Sagen Sie mir erst einmal, was denn weiter geschah.“
„Erinnern Sie sich denn nicht mehr? — Wo fuhrten Sie hin?“
„Ich? — Ich weiß gar nichts. — Es wurde mir plötzlich bel. — Ich muß wohl ohnmächtig geworden sein.“
„Aberdenn!“
„Und Sie?“
„Ich fuhr hinter Ihnen.“
„Bon Dershad bis hierher?“
„Ja.“
„Was wollte denn Karl hier? Warum fuhr er, bis hierher, trotzdem ich ohnmächtig geworden war? — Er hätte doch zu einem Arzt fahren müssen! — Wo ist er denn jetzt?“
„Warum ist er fort?“
„Es gefiel ihm nicht mehr hier.“
„Gefiel ihm nicht mehr? — Wieso?“
„Er konnte meine Gegenwart nicht ertragen.“
„Was haben Sie denn mit ihm zu tun gehabt?“
„Ich wollte mich ein wenig mit ihm unterhalten.“
„Sie?“
„Sie sah ihn wieder an und rief erschrocken:
„Sie bluten ja am Kopf!“
„Lassen Sie nur! Das ist ein kleiner Abschleppwagen Ihres Verlobten.“
„Er hätte Sie verwundet?“
„Wenn er mich getötet hätte, wäre es ihm entschieden lieber gewesen!“
„Mein Gott, Sie sprechen in Rätseln!“
„Danken Sie Gott, daß Ihre Mutter eine vorsichtige Frau ist!“
„Meine Mutter? Kennen Sie denn meine Mutter?“
„Ja. Sie besuchte heute nachmittags die Staatsanwaltschaft.“
„Da irren Sie sich! Meine Mutter war ja zu Frau Dr. Peder gefahren.“
„Sie war auf alle Fälle bei Herrn Staatsanwalt Red.“
„Was wollte Sie denn dort?“
„Um Rat fragen.“
„Um Rat?“
„Ja. — Sie traute Herrn Burmeister nicht recht.“
(Fortsetzung folgt)



dem Krieg wurde von den zuständigen Behörden eine Schulhausvergrößerung gefordert, wegen der äußerst ungünstigen Finanzlage der Gemeinde aber zurückgestellt. Daß der vom Gemeinderat getroffenen Sparmaßnahmen konnte im vorigen Jahr an den schon längst notwendig erkannten Schulhausneubau herangetreten werden. Ohne zunächst an einen Neubau zu denken, hat der Gemeinderat die Zustimmung gegeben, durch einen Architekten Pläne und Kostenanschläge fertigen zu lassen. Das Kultministerium fand diese Lösung aber nicht befriedigend, woraus wiederum den Gemeinderat auf die im Oberamt Lebring getroffenen Lösungen der Schulhausfragen. Eine Kommission fand die dort erstellten Schulpläne in Raumbeziehung und Baukosten so befriedigend, daß der Gemeinderat Architekt Müller den Auftrag zu einem Voranschlag gab. Nachdem dann noch ein namhafter Staatsbeitrag in Aussicht gestellt wurde, hat der Gemeinderat in voller Einmütigkeit beschlossen, den Plan zu verwirklichen und dazu noch die Zentralheizung einzurichten. Mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit wurde der Bau geleitet und ohne Ueberforderung des Kostenanschlags fertig gestellt. Dafür gebührt dem Bauleiter, den Handwerkern und Arbeitern besonderer Dank. Wenn der Aufwand trotzdem etwas höher ist als ursprünglich angenommen wurde, so ist dies in Einrichtung der Zentralheizung, Entwässerungsarbeiten, Einmahlung, Planung und Beschutterung des Schulhofes zu suchen. Der derzeitige Stellvertreter, Lehrer Trumpf, sagte in seiner Ansprache, daß mit dem Neubau das Ende jahrelanger Schwierigkeiten und vieler Unzutunlichkeiten gekommen sei und er sich für die schwierige Schularbeit Eltern, Erwerbstätige und Öffentlichkeit als Bundesgenosse. Den Schülern legte er aus Herz, durch Fleiß, Ordnungssinn und sittliches Betragen die große Dankeschuld abzurufen. Den Wunsch und Glückwunsch des Vorgesetzten überbrachte Schulrat K. d. Reunburg. Er sprach seine Anerkennung darüber aus, daß die Gemeinde das Schulwesen in so hervorragender Weise geregelt hat. Wenn solche Feiern in der Nachkriegszeit eine Seltenheit geworden sind, so sei dies in der Tat der Fall, aber auch darin zu suchen, daß der Schulbezirk Reunburg keine so reichhaltigen Schulverhältnisse habe wie andere Gegenden. Schon vor dem Kriege haben fast alle Gemeinden Einrichtungen getroffen, die für lange Zeit reichten. Wir leben wohl in einer Zeit der Not, aber für das heranwachsende Geschlecht müssen wir alles, auch das letzte tun. Dieses Bewußtsein muß bei Eltern, Gemeinde und Staat erhalten bleiben. Mit dem Ausbau ist nur der äußere Rahmen geschaffen. Mögen in diesen Räume immer Lehrer wirken, die sich ihrer großen Verantwortung bewußt sind und die Kinder hinführen zu den hohen Quellen der Erkenntnis und des Gemüts. Nachdem Herr G. Haifer, Schönbürg, noch den Glückwunsch der Gemeindefreigemeinde Schönbürg und der Kirchengemeinde Schönbürg ausgesprochen hatte, ließ man im Gasthof zum „Richt“ in einigen gefälligen Stunden die Freunde über das glücklich vollendete Werk anerkennen.

Württemberg.

Verdingen, 14. Raubraub, 15. Juli. (Schwerer Autounfall.) Einigen heiligen Büschen kam am Sonntagabend eine Vergnügungsfahrt teuer zu stehen. Sie ließen sich von dem Autovermieter Schmid-Stammels von Stettensfeld nach Verdingen fahren. Bei einer fahrerischen Kurve im Walde verlor der Führer die Herrschaft über das Ruder und fuhr mit starker Geschwindigkeit gegen einen Baum. Das Auto überschlug sich und die Insassen wurden zum Teil herausgeschleudert. Der Führer Schmid wurde am Kopf schwer verletzt. Er hat sein rechtes Auge eingebüßt. Der Glastechniker Traugott erlitt eine schwere Schenkelverletzung. Die Mitfahrerinnen Bertha Schöpper erlitt einen doppelten Schenkelbruch. Ihr Bruder Albert und der Fabrikarbeiter Karl Klebe kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Wagen ist stark beschädigt. Die Schwerverletzten wurden von Weingarten ins Krankenhaus gebracht. Ursache des Unglücks soll ein anderer Kraftfahrer sein, der nicht abgebremst hatte, wodurch Schmid vom Wege abkam und in dem Straßengraben auf einen Weidenbaum aufsaß.

Stuttgart, 15. Juli. (Zahlungseinstellung in der süddeutschen Herrschafts-Industrie.) Die im September 1929 unter der Firmenbezeichnung Kohnig-Südwind zusammengeschlossenen Herrschafts-Industrien in Stuttgart und Groß-Ingersheim, Zentrale Stuttgart, haben die Zahlungen eingestellt, was mit schweren Verlusten an der Kassa bedingt ist. Bei ruhiger Abwicklung und bei Fortsetzung des Betriebes ist eine 50%ige Befriedigung der Gläubigerforderungen zu erwarten. Für den Fall, daß ein außergerichtlicher Vergleich nicht zustandekommt, soll das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt werden.

Stuttgart, 15. Juli. (Eine betriebsunfähige Bahn.) Der Abtransporte Roberte (3.) hat im Landtag folgende Kleine Anfrage gestellt: In den letzten Jahren hat sich auf der Bahnstrecke Albstadt-Donauwörth ein Reihe von Verkehrsunfällen ereignet, die zwar noch nicht abgeklungen sind, aber Menschenleben sehr stark bedroht haben. Die letzten beiden Unfälle vom 1. und 6. Juli ds. J. sind nicht zuletzt durch die schmale Spur und den teilweise mangelhaften Unterbau, sowie durch das technisch recht unzulängliche Kollisionsmeldeverfahren hervorgerufen worden. Der die Bahn benutzende Bevölkerung hat sich durch die Häufung der Unfälle in letzter Zeit eine sehr starke Erregung bemächtigt. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um die höchstmögliche Betriebssicherheit wiederherzustellen und Ruhe und Vertrauen in die Bevölkerung hineinzubringen?

Wörmühl, 14. Reichertshaus, 15. Juli. (Vom Landholzwoagen überfahren.) Am Montag nachmittag wurde auf der Staatsstraße zwischen Reichertshaus und Wörmühl der Landwirt August Friedrich von hier von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren, wobei ihm der linke Fuß abgedrückt wurde und er auch noch sehr gefährliche innere Verletzungen erlitt. Erst ein nachfolgendes Fuhrwerk bemerkte den Unfall. Bis ein Arzt zur Stelle war, wurde der Bedauernswerte von einem Heilbrunner Bierkutscher nach Wörmühl geschafft und von da aus ins Krankenhaus Reichertshaus, wo er jedoch seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Bermischtes.

Vom Bett in den Hof geschleudert. In Reiferslautern hat sich ein schwerer Explosionsunfall ereignet. Aus noch nicht angeklärten Gründen füllte sich während der Nacht die im ersten Stock gelegene Wohnung des Feuerungsinpektors Schneider mit Gas, das sich wahrscheinlich an dem noch glimmenden Feuererz entzündete. Witten in der Nacht erfolgte eine katastrophale Explosion. Schneider und seine Frau wurden mit einem vierjährigen Söhnchen aus den Betten in den Hof geschleudert, während ein anderes Kind der Familie in seinem Kinderbett von der Explosion nicht berührt wurde. Da das Haus einzustürzen drohte, mußte es geräumt und gestützt werden. Die 3 Verletzten fanden im Krankenhaus Unterhalt.

Reisbrand in Eisenach. Die Eisenacher Industrie wurde am Montag nachmittag von einer der größten Feuerbrünne beimgelassen, die seit langem in Eisenach gewütet haben. In Dörfelberg, einer der bedeutendsten Holz- und Holzfabrikanten Deutschlands, brach in einer bereits von der Belegschaft verlassenem Ledererei aus unbekannter Ursache ein Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Die Borräte an Holz, Holz und Spänen fanden binnen weniger Augenblicke in Flammen. Der Feuerwehrlösch nichts weiter übrig, als die benachbarten Häuser, deren Balken infolge der Jurdabaren

Diese auch schon zu glimmen begannen, zu schützen. Etwa drei Viertel der großen Industrieanlage sind vernichtet. Die 150 Arbeiter starke Belegschaft ist auf lange Zeit arbeitslos geworden. Der Gesamtschaden beziffert sich nach den ersten Schätzungen auf über eine halbe Million Mark.

Zwei Opfer eines Sturzes. Eine von dem Piloten v. Fiedler geleitete Sportmaschine der Akademischen Fliegergruppe Dresden, die einen Passagier namens Krüger an Bord hatte, ist Montag nachmittag aus etwa 70 Meter Höhe auf das im Merseburger Villenviertel Schloppan gelegene Grundstück des Herrn v. Trotha, wie sie bei der Rückkehr von einer Braunschweiger Flugveranstaltung eine Zwischenlandung vorgenommen und anschließend einen Schlingflug absolviert hatte, unmittelbar nach dem Start zum Brunnhofen plötzlich abgestürzt und zerbröckelt. Fiedler fand auf der Stelle den Tod. Sein Begleiter Krüger wurde schwerverletzt unter den Trümmern hervorgezogen und ins Merseburger Krankenhaus eingeliefert, wo er gleich darauf starb.

Ein Beobachter stirbt ins Meer. Zwei Seefahrer der deutschen Verkehrsfliegerlinie machten am Montag nachmittag Übungsfahrten über der Ostsee. Dabei überflieg sie gegen 6 Uhr nachmittags aus noch unbekannter Ursache das eine der Ringe. Der Beobachter, Oberleutnant Danneberg, stürzte aus 1000 Meter Höhe ins Meer. Die Suche nach dem Verunglückten ist sofort aufgenommen worden, blieb aber erfolglos.

Anschlag auf den Gotthard-Schnellzug. In der Nacht auf Montag sind kurz vor Camnago, 30 Kilometer nördlich von Mailand, die Lokomotive, der Gepäckwagen und 1 Personenzug des Gotthard-Schnellzugs entgleist, wobei 7 Personen, darunter der Lokomotivführer und der Decker, verletzt wurden. Fünf Fahrgäste wurden mit leichten Verletzungen in das Krankenhaus von Camnago gebracht. Durch den Unfall wurden auch die Telephon- und Telegrafenleitungen von Camnago getrennt, so daß Hilfe aus Mailand angefordert werden mußte. Der Sachschaden ist gering. Die Entgleisung ist auf einen Anschlag zurückzuführen. Die Untersuchung hat ergeben, daß vor der Durchfahrt des Zuges zahlreiche Schienenbohlen gelockert und die Schienen von den Schwellen gelöst worden waren.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 15. Juli. (Schlachthofmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Schlachthof wurden zugeführt: 22 Ochsen, 40 Bullen (unverkauft 2), 321 (21) Junghüllen, 280 (10) Jungrinder, 172 (2) Kühe, 846 Kälber, 1968 (30) Schweine, 1 Schaf, Erlös aus je 1 Stk. Lebendgewicht: Ochsen a 54-57 (leichter Markt), b 49 bis 52 (-), Bullen a 52-53 (50-51), b 48-50 (46-48), Jungrinder, a 57-59 (55-57), b 50-55 (48-53), c 46-49 (-), Kühe a 41-47 (-), b 32-39 (-), c 25-30 (-), d 18-23 (-), Kälber b 76-78 (73 bis 76), c 67-74 (59-60), d 58-62 (-), Schweine a jeite über 300 Pfd. 60-62 (57-59), b vollfleischige von 240-300 Pfd. 61-62 (58-61), c von 200-240 Pfd. 64-65 (62-64), d von 160-200 Pfd. 63-64 (62-63), e fleischige Schweine von 120-160 Pfd. 61 bis 63 (-), Sauen 46-50 (-). Marktverlauf: Mäßig belebt.

Marzheim, 14. Juli. (Schlachthofmarkt.) Aufgeführt waren: 430 Tiere und zwar 5 Ochsen, 8 Kühe, 55 Kälber, 24 Farcen, 28 Kälber, 310 Schweine. Marktverlauf: Mäßig belebt. Ueberstand: Ein Stk. Großvieh. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 54 bis 57, b 50-53, Farcen a 54, b und c 52-50, Kühe b und c 42 bis 35, Kälber a 58-60, b 53-56, Kälber b 77-80, c 70-76, Schweine b 65-67, c und d 66-68.

Die Preise gelten für nächsten gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stoll für Frucht, Markt- und Verkaufskosten, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Speyer a. Rh., 15. Juli. Die Beschädigungen der Schiffbrücke bei Speyer waren am Montag abend 20.30 Uhr soweit behoben, daß der Straßenverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Mit dem Personenzug 1042, Speyer Hauptbahnhof am 13.23 Uhr, wurde am Dienstag auch der Eisenbahnverkehr wieder hergestellt.

Düsseldorf, 15. Juli. Der Regierungsrat v. d. Rinfelbeck, der sich in nationalsozialistischem Sinne betätigt haben soll, ist vom Dienst suspendiert worden. Der Regierungsratspräsident hat ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Wetzlar, 15. Juli. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die thüringischen Schulgebäude, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 11. Juli als verfassungswidrig erklärt wurden, dadurch aufgehoben werden sollen, daß im Ministerrat des thüringischen Ministeriums das Urteil des Staatsgerichtshofes mit seiner Begründung öffentlich wird. Dies werde dann als Aufhebung des Urlasses gelten.

Dresden, 15. Juli. In der Sitzung des höchsten Landtags am Dienstag wurden bei der Wahl des Ministerpräsidenten 46 Stimmen für Dr. Krug von Ridda abgegeben. Für ihn stimmten die Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Schönlages Landvolk, Wirtschaftspartei, Volkrechtspartei und Christlich-Sozialer Volksdienst. Die Sozialdemokraten stimmten für Lipinski, der 32 Stimmen erhielt. Die Kommunisten gaben 13 Stimmen für Krenner ab, die Demokraten 3 für Dr. Kütz und die Volkshonorable Reichsvereinsigung 2 Stimmen für Dr. Richter. Die Wahl verlief somit ergebnislos.

Berlin, 15. Juli. Eine blutige Tragödie spielte sich am Dienstag vormittag im Worenhaus Karstadt ab. Ein 30-jähriger Mann ließ sich an einem Verkaufstisch aufschneiden. Mäßig ergreifend der Mann eines der Messer und schmitt sich vor den Augen der erschrockenen Belegschaft in die Kehle durch. Blutüberflutet rannte er sodann im Verkaufsraum umher und warf einen Tisch um, auf dem sich Flaschen befanden. Dann stürzte der Mann plötzlich tot zu Boden. Die Verwunden konnten noch nicht festgestellt werden.

Berlin, 15. Juli. Das Schwurgericht II verurteilte den Kommunisten Anton Waclos, der in einem nationalsozialistischen Trupp geschossen und einen Techniker durch einen Kopfschuß verletzt hatte, wegen versuchten Totschlages in Tateinheit mit Verletzung und wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Berlin, 15. Juli. Bekanntlich hat die Ledigensteuer, die eine der Hauptstützen des Finanzprogramms der Regierung darstellt, in Kreisen der Ledigen heftigen Widerspruch hervorgerufen. Nunmehr findet sich in der „Kölnischen Zeitung“ folgendes Inserat: „D. L. B. Deutsche Ledigenpartei, Gründung bevorstehend: lediger, tüchtiger Volkswirtschaftler, Schrift, glänzender Redner, gelacht. Angebote.“ Will der Ledigen-Partei wird es also ernst! Gleichzeitig läßt das Inserat darauf schließen, daß sich die Ledigen gegen die neue Steuer mit allen Kräften zur Wehr setzen wollen.

Königsberg, 15. Juli. Beim Amtsgericht Pillkallen sind in letzter Zeit in einer Reihe von Fällen Zwangsversteigerungen erheblich gestiegen worden. Diese Steigerungen haben am 12. Juli einen derartigen Umfang angenommen, daß gegen vier Teilnehmer gerichtlicher Haftbefehl wegen Wucherung (§ 115 des St.G.B.) erlassen worden ist. Zur Aufklärung der Zusammenhänge all dieser Steigerungen ist eine Anzahl von Hausaufnahmen angeordnet worden.

Frankfurt a. O., 15. Juli. Im Prozeß gegen die fünf Fürstentwälder Arbeiter, die beschuldigt werden, den Stahlhelmsmann Kühler von Rasselmoor niedergeschossen zu haben, beantragte heute der Staatsanwalt gegen Behnke 10 Jahre Zuchthaus wegen Totschlages und 10 Jahre Zuchthaus, gegen Schmalteck und Jurech 5 Jahre Zuchthaus, gegen den Wäldehagen Jähde in Anbetracht seiner Zugehörigkeit 1 Jahr Gefängnis, gegen Jerner wurde die Anklage fallen gelassen.

Das Mitglied des Stahlhelms Kühler von Rasselmoor erloschen haben, wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Behnke erhält wegen Körperverletzung mit Todesfolge 5 Jahre Gefängnis, Schmalteck 1 Jahr Gefängnis, Jähde 1 Jahr Gefängnis und Jurech 9 Monate Gefängnis. Der Haftbefehl wird aufrechterhalten, 6 Wochen der Untersuchungshaft werden angerechnet.

Saarbrücken, 15. Juli. Nach Klärung des linken Rheinufer hat die Regierungskommission unter Berufung auf den von dem Vertreter Stollens in der Sitzung des Völkerrundrates vom 18. 5. 26 vorgelegten Bericht über den in der gleichen Sitzung gefassten Beschluß und auf den Ratsbeschuß vom 12. 9. 27 beschlossen, den Eisenbahnbestand der Eisenbahnschultruppe des Saargebietes auf die Zahl von 250 herabzusetzen. Die Regierungskommission hat außerdem den Völkerrundrat verständigt, daß die Eisenbahnkommission reduziert wurde und noch um weitere Einheiten reduziert werden wird. Die Regierungskommission wird dem Völkerrundrat gegen Ende August auch eine ausführliche Mitteilung über diese Angelegenheit zugehen lassen.

Wien, 15. Juli. Major Vabst hat der Wiener Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß er bereit ist, sich dem Gericht zu stellen, wenn ihm freies Geleit zugesichert wird.

Prag, 15. Juli. Ein Luftauto mit 22 Feuerwehrleuten, die von einem Feuerwehrchef in Böhmisch heimkehrten, geriet am Sonntag abend bei Prostsch auf einer Brücke ins Schlingeländer, durchbrach das Brückengeländer und stürzte sich überfliegend, aus einer Höhe von 5 Metern in den Bach. Von den Insassen wurden 16 verletzt, zwei von ihnen sind inzwischen verstorben, fünf wurden schwer verletzt.

Rom, 15. Juli. In den kleinen Badeort Montalto di Castro Cellere hat sich ein schweres Unglück ereignet. Eine große Sturmseele ist vom Uferstrand neun Menschen mit auf das Meer hinaus. Die Wucht der Welle war so stark, daß die sofort unternommenen Rettungsversuche erfolglos blieben. Bis jetzt sind sieben Leichen geborgen worden.

Paris, 15. Juli. In allen Pariser Zeitungen befinden sich Artikel, die scheinbar von den Redaktionen ausgehen, in Wirklichkeit aber offenbar von den französischen Verleumdern verfaßt sind, in denen die französische Bevölkerung aufgefordert wird, das in großen Mengen nach Frankreich kommende deutsche Bier zurückzuweisen und das französische Bier zu trinken, das mindestens ebenso gut sei.

Paris, 15. Juli. Völkhofer a. Horsch hat sich um 3 Uhr nachmittags in den Quai d'Orsay begeben, um Außenminister Briand die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum, betreffend die liberative Organisation Europas, zu überreichen. In die Uebergabe schloß sich eine längere Unterhaltung zwischen Völkhofer a. Horsch und Außenminister Briand über die Möglichkeiten und Ausdehnung der Gestaltung der europäischen Staaten.

Terni (Kampanien), 15. Juli. Wie aus Fuentes Claros verläutet, ist dort ein mit fünf Personen besetztes Auto umgestürzt, wobei sämtliche fünf Insassen tödlich verletzt worden sind.

Erneute Verchiebung.

Berlin, 15. Juli. Während der Plenarsitzung hatte der Reichsfinanzminister eine Ansprache mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, über die politische Lage. Wie wir hören, wird die Verkündung der Notverordnung nun nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, in dieser Woche erfolgen, sondern erst im Laufe des morgigen Tages. Die Regierung will, nachdem der § 1, wenn auch allein durch die sozialdemokratische Stimmenthaltung angenommen wurde, auch noch die Abstimmung über den Paragraphen 2 abwarten. Obgleich sie mit einer Mehrheit nicht mehr rechnet, möchte sie sich doch von jedem Vorwurf, nicht alle politischen Möglichkeiten ausgenutzt zu haben, frei wissen. Die formelle Entscheidung ist damit abermals um rund 24 Stunden aufgeschoben worden. Zudem scheinen gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts über die Möglichkeiten der Anwendung des Art. 48 immer noch nicht ganz beseitigt zu sein. Der ursprüngliche Beschluß der Regierung ging dahin, neben den Streikverboten das Schlüsselprogramm durch die Notverordnung in Kraft zu setzen. Dagegen protestierte indes die Wirtschaftspartei, die sogar damit drohte, Dr. Brügel aus dem Kabinett auszuschließen. Das Kabinett hat seine Absicht schließlich aufgegeben, da ja für die Erfüllung eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Verfügung steht. Inzwischen bemühen sich einzelne parlamentarische Gruppen auf eigene Faust, noch eine Mehrheit zustande zu bringen. So hat Herr Effer übrigens auch am Vormittag den Sozialdemokraten Kompromißverhandlungen angeboten für den Fall, daß sie bei der Abstimmung des Art. 1 sich der Stimme enthalten würden. Dieses Angebot erfolgte gegen den Wunsch und Willen des Reichsfinanzministers, der aber dann nach der tatsächlich nicht abgeschickten Rede des Abg. Kell (Soz.) sich bereit fand, am Abend selbst die Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Müller-Franken und Breitscheid, zu empfangen. Diese Unterredung hat indes keine neuen Momente ergeben. Dagegen hat auch Herr Effer am Abend abermals mit den Sozialdemokraten sich besprochen und ihnen, falls sie sich morgen auch bei der Abstimmung über den Art. 2 der Stimme enthalten würden, u. a. einen Kompromiß in der Frage des Einkommensteuernachschlags offeriert. Herr Effer will eine mittlere Linie zwischen Regierungsvorlage und sozialdemokratischen Wünschen finden und den Zuschlag auf 8 Prozent erhöhen. Von allen anderen Beteiligten wird die Möglichkeit eines Kompromisses mit den Sozialdemokraten entschieden verneint, zumal die Sozialdemokraten eine Wiederbestellung des § 163 der Arbeitslosenversicherung und die Befreiung der Bürgerabgabe verlangen.

Abgabe Hindenburgs an Preußen.

Berlin, 15. Juli. Der Herr Reichspräsident hat seine Teilnahme an der Befreiungsfeier in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt, und diese Abgabe mit folgendem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Teilnahme erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in Rheinland und Westfalen, was ich, wie Sie wissen, in eingehender Prüfung des Tatbestandes als unzureichend und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezichtigen muß, bis dahin aufgehoben sei, und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeier teilnehmen könne. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für das ich auch die Reichsregierung verwandt hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerung sie aber bisher nicht verfügt. Statt dessen hat der preussische Minister des Innern in seinem dem Herrn Reichsfinanzminister schriftlich übermittelten Schreiben vom 11. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung für Rheinland-Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Formulierung ich entnehmen mußte, daß Sie und das preussische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsch nicht zu entsprechen gewillt sind. Damit schließen Sie den Stahlhelm von der Teilnahme an den Befreiungsfeier aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontsoldaten unmöglich, in geschlossener Formation mit zu begründen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen der Rheinlandwehren zugelassen sind und in großer Zahl auftreten. Diese ungleichmäßige Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verantwortungsmäßigen Pflicht zur Ueberparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeier teilzunehmen, an denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht



begündetes Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen sind. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zulassung zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen. Aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgefragt und solange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung gez. v. Hindenburg.

Die Reise des Herrn Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Herr Reichspräsident wird von Mainz am 20. Juli abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Wiesbaden, 15. Juli. Wie hier verlautet, haben die Oberbürgermeister der Städte Aachen, Koblenz, Trier und Wiesbaden Vorstellungen erhoben, um womöglich zu erreichen, daß die Abfrage des Reichspräsidentenbesuchs, wenn irgend möglich, rückgängig gemacht wird mit Rücksicht darauf, daß für den Besuch bereits alle Vorbereitungen getroffen sind und daß die Abfrage für die in Frage kommenden Städte eine große wirtschaftliche Schädigung nach sich zieht.

Brauns Antwort.

Berlin, 15. Juli. Eine außerordentliche Sondersache des amtlichen preussischen Pressedienstes scheint ersichtlich zu sein, nun doch eine Besetzung des internationalen Handels in Aussicht zu stellen. Zunächst wird darin mitgeteilt, daß auf die letzte Forderung des preussischen Innenministers Baentia ein Schreiben des Stahlhelms eingegangen sei, von dem es heißt: Die konstante Form dieses Schreibens bietet der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit, mit dem Stahlhelm in Verhandlungen über die vom preussischen Innenministerium aufgestellten Bedingungen einzutreten. Daran schließt sich der Abend des Antwortschreibens des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns an den Reichspräsidenten, das die Möglichkeit zu einer Besetzung vor allem in den letzten Sätzen enthält. Das Schreiben lautet:

Hochverehreter Herr Reichspräsident! Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erkennen, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeierlichkeiten im preussischen Gebiet namentlich von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms und der Frontsoldaten e. B. abhängig machen. Ich empfinde dies umso schmerzlicher, als dadurch ein Rückschlag in die Befreiungsfeierlichkeiten eintritt, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden sehen würde. Um Ihrem Wunsch, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der Herr preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen zu Vereinigungen in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der Herr preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn sie von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen

Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigter Zweifel hegebt werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Minister des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen. Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 23) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreien und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung der Stahlhelmsgruppen in Rheinland-Westfalen zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und insoweit die Ernsthaftigkeit seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachtet könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzgebung entspricht, abgäbe, und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihre Teilnahme an den Befreiungsfeierlichkeiten entgegensteht, aus dem Wege räumen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrerseits in das Rheinland entgegenstellen, noch zu beheben und daß es der Bevölkerung des preussischen Gebietes vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeierlichkeiten begrüßen zu können. Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung Ihr sehr ergebener (gez.) Brauns.

Deutsches Antwort an Briand.

Paris, 15. Juli. In der Antwort der Reichsregierung auf das Briand-Memorandum wird unter Hinweis auf die Spannungen, die Europa belasten, die Anregung, das europäische Problem zu erörtern, mit Genugtuung begrüßt. Kein Land empfinde die Mängel der Struktur Europas stärker als Deutschland, kein Land habe an deren Beseitigung ein höheres Interesse. Die deutsche Regierung werde daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten und stelle sich für eine eingehende Beratung während der Völkerbundtagung im Herbst zur Verfügung. Das Endziel bestehe darin, eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundgedanken der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen könne. Zwischen gegen andere Länder und Kontinente ebenso wie der Ausblick europäischer Nichtmitglieder des Völkerbundes, wie Rußland und Arabien, seien zu vermeiden. Die Reichsregierung stimme der französischen Regierung darin durchaus zu, daß die Notlage Europas ihre Ursachen in hohem Maße in seiner gegenwärtigen politischen Gestaltung habe. Alle Versuche einer Besserung dieser politischen Lage würden davon abhängen, daß die Grundzüge der vollen Gleichberechtigung zur Anwendung kämen. Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundgedanken widersprächen, müßten wirksame Mittel für ihre Veränderung gefunden werden. In dem Abschnitt der Antwort, der sich mit den wirtschaftlichen Fragen befaßt, heißt es:

Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Untersuchung der europäischen Wirtschaftslage wird von der Krise der Landwirtschaft und der Abfuhr der Industrie ausgehen und Mittel und Wege suchen, um größere Marktgebiete zu gewinnen und um den Austausch der Güter in Europa zu erleichtern. Die deutsche Regierung hält es für angebracht, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Volkswirtschaft fortzusetzen. Regierungenmaßnahmen allein, so wird weiter ausgeführt, könnten dem notleidenden Europa nicht helfen; an weiteren Gebieten werde die Wirtschaft selbst eingreifen müssen. Sache der Regierung werde es sein, ihre gemeinsame Wirtschaftspolitik mit dem freien Spiel der Kräfte in Einklang zu bringen. Militärische Gesichtspunkte dürften bei wirtschaftlichen Fragen nicht in den Vordergrund gestellt werden. Alle Folgen müßten in Betracht gezogen werden, die sich aus der besonderen Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer durch den Krieg bedingten finanziellen Gesamtbelastung ergäben. Bezüglich der organisatorischen Fragen stimmt die deutsche Regierung der Auffassung zu, daß der Völkerbund unter den europäischen Bestimmungen nicht leiden darf. Man werde erstreben, auch bei grundsätzlicher Übereinstimmung in der Sache um den Völkerbund herumzueilen, ob die Schaffung besonderer europäischer Organe dieser Sorge Rechnung trage. Die deutsche Regierung so bezieht es am Schluß der Antwort, hebt die nächste Aufgabe darin, zunächst einmal einen Überblick über die Materie der europäischen Gemeinschaftsarbeit zu gewinnen. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September, zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nichteuropäischen Staaten Zutritt haben sollten. Sie behält sich für diese Zusammenkunft Erörterungen und Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen vor.

Zum Abschied von unserer Pfarherfamilie Hundert in Höfen.

Auf jene erste, schmerzgefüllte Kunde folgt heute leiderfüllt nun der Moment, und näher, näher rückt die Stunde, die unsere lieben Pfarher von uns trennt. Sowie von allen seinen Lieben, die wir so ungern von uns scheiden sehen. Doch, da die Freundschaft nicht besteht, so hoffen wir ein baldig Wiedersehen. Was unser Pfarher hier in Trennen, mit Mühe und Sorgfalt einst gestreut, möge wachsen, blühen und gedeihen auch in die allerfernste Zeit. So wünschen wir nun Glück zur Reise, die auch ein stetig Wohlergehen, in ihrem neuen Wirkungskreise, Wille Gott, auf frohes Wiedersehen! Daß ihr beliebt auch Raum und Ort nun heute zu verlassen, Gemahnt euch doch, so hier, wie dort Des Schwarzwalds Tannenrauschen!

S. Schmitt

Städt. Elektrizitätswerk Neuenbürg.
Wegen dringender Telegrafarbeiten muß heute **Mittwoch** abend von 6-7 Uhr der **Strom abgestellt** werden.
Stadtpfleger Essich.

Zwangsv. Versteigerung.
Am **Donnerstag** den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, versteigere ich in Birkenfeld öffentlich gegen Barzahlung:
1 Pferd, Wallach, ca. 7 Jahre alt,
1 Mutterchwein.
Zusammenkunft am Rathaus.
Hiltenbrand, Gerichtsvollzieher.

Zwangsv. Versteigerung.
Im Zwangsweg werden am **Donnerstag** den 17. Juli, vormittags 11 Uhr,
eine Kuh und ein Rind
öffentlich gegen bar versteigert.
Zusammenkunft beim Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle: **Madel.**
Höfen a. Eng.

Am **Donnerstag** den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, kommt im Wege der Zwangsvollstreckung
ein Schreibtisch mit Aufsatz
zur Versteigerung. Zusammenkunft beim Rathaus.
Gerichtsvollzieher **Hähle.**

Freilichtbühne Heilbronn
Juli: Samstag und Sonntag, je abends 8¹/₂ Uhr:
Ein Revolutions-Drama aus den Türkenkriegen
Max Meils „Nachfolge Christi-Spiel“
Ueber 100 Mitwirkende / Glänzende Massenszenen.
Vorverkauf:
Außerhalb Heilbronn in sämtlichen Filialen der Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G.; in Heilbronn: Verkehrsverein, Bahnhofstraße, Tel. 1881; Festspielbüro (Zigarrenhaus Kühner), Kaiserstraße 1, b. d. Neckarbrücke, Tel. 2442.
Preise: 3.50, 2.40, 1.60, 0.80 RM. — Bei Lösung von 10 und mehr Karten Preisermäßigung.
Nach der Vorstellung die letzten Tage bequemer erreichbar.

4-5 Zimmer-Bohnung
mit oder ohne Garten in Höfen oder Umgebung gesucht. Miete wird vorausbezahlt.
Angebote erbitte ich unter No. V 36 an die Engländer-Geschäftsstelle.

Marta Siegle
Willy Scholl
Verlobte
Ditzingen
Finstertrot
Herrenab
15. Juli 1930

Dennach, den 15. Juli 1930.
Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir schmerzgefüllt mit, daß unsere liebe, gute, treubeforgte und unergeßliche Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Friedrike Hörter,
geb. **Rübler,**
im Alter von 52 Jahren nach schwerer Krankheit heute vormittag 9¹/₂ Uhr aus unserer Mitte gerufen wurde.
In tiefer Trauer:
Die Kinder: **Wilhelm, Emil, Lydia und Mag.**
Beerdigung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr.

Birkenfeld, 15. Juli 1930.
Danksagung.
Heimgeliebt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen,
Eugen Müller,
sagen wir allen denen herzlichsten Dank, die ihn während seines Krankheits erlitten, besonders Herrn Dr. Kern für seine liebevollen Bemühungen, seinen Altersgenossen und allen denen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Gesangbücher
zu haben in der **E. Reeh'schen Buchhandlung.**

W. Forstamt Langenbrand.
Brennholzverkauf.
Am **Freitag** den 25. Juli 1930, vormittags 10 Uhr, in **Walddrennack** im „Röhle“ aus Staatswald Gröfelberg, Sachberg, Hundstal und Eulenloch Am.; Buch: 9 Schtr., 36 Klotz; übr. Laubh.: 17 Klotz; Nadelh.: 409 Ausschlag; ferner einige kleinere Posten Hag- und Hopfenfangen. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. J. H., Stuttgart.

Feldrennack.
Ehrliches, fleißiges
Mädchen
per sofort oder 1. August im Alter von 14 bis 16 Jahren gesucht.
Ab. **Brodbeck** z. „Hirsch“, Metzgerei.

H. M. Schiele.

Birkenfeld.
In Junges
Hammelfleisch
empfiehlt ab heute, das Fld. zu RM. 1.10.
Abolf Dittus, Metzgerei.
Tel. 4947 Amt Forstham.
Einen schönen 10 Monate alten
Zucht-Farren
(Rotfleck) hat zu verkaufen
Hermann Blöb,
Zimmermann,
Pflaferrot (Baden.)
Langenalb.
Einen Wurf schöne
Milch-Schweine
hat zu verkaufen
Karl Weidner, Raler.

Walddrennack.
Der verehrl. Einwohnerschaft von Walddrennack und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich hier eine **feine Herren-Maßschneiderei** eröffnet habe. Ich empfehle mich in allen ins Fachschlagigen Arbeiten und bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Alfons Schwemmlé,
feine Herren-Maßschneiderei.

Für den Verkauf unseres anerkannt erstklassigen Futterknochenmehls suchen wir einen bei Landwirten nur bestes eingeführten
Reisenden
gegen Wochengehalt und Provision. Dauerstellung.
Knochen-Verwertungsstelle, Leipzig C 1.